

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.:	VO/0274/2021
	Status:	öffentlich
	Datum:	03.09.2021
Dezernat:	I	
Fachdienst:	61 - Stadtplanung und Denkmalschutz	
Sachbearbeitung:	Schönemann, Jana	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Vorberatung	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Unterzeichnung des Positionspapiers "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten"

Beschlussvorschlag

Das Positionspapier "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" wird von der Universitätsstadt Marburg unterzeichnet.

Sachverhalt

Das Positionspapier „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ ist eine kommunale Initiative der für Mobilität und Stadtentwicklung zuständigen Beigeordneten, Stadtbaurät*innen der Städte Freiburg im Breisgau, Leipzig, Aachen, Augsburg, Hannover, Münster und Ulm vom 06. Juli 2021.

Die wesentliche Forderung der Initiator*innen ist die Schaffung eines neuen straßenverkehrsrechtlichen Rahmens, der es den Kommunen ermöglicht, Tempo 30 als angemessene Höchstgeschwindigkeit dort anzuordnen, wo sie es für sinnvoll erachten. In der Begründung des Positionspapiers heißt es:

„Die Kommunen haben immer noch nicht die Möglichkeit zu entscheiden, wann und wo Geschwindigkeiten flexibel und ortsbezogen angeordnet werden. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit muss endlich überall über die zuständigen Straßenverkehrsbehörden

so angeordnet werden können, wie es unter Abwägung aller relevanten umwelt-, verkehrs- und städtebaubezogenen Belange angemessen ist. Dies nutzt den Städten, erweitert ihre Gestaltungsfreiheit und öffnet ihre Entwicklung in Richtung mehr Lebendigkeit, Lebensqualität und Nachhaltigkeit.“

Die aktuellen Diskussionen in der Universitätsstadt Marburg im Zuge von MoVe35 (Mobilitäts- und Verkehrskonzept 2035), die Umsetzung des Radverkehrsentwicklungsplans mit dem Ziel den Radverkehr zu fördern und zu entwickeln sowie die gesamtgesellschaftliche Aufgabe die Mobilitätswende voranzubringen, werden durch einen geänderten straßenverkehrsrechtlichen Rahmen erleichtert. Eine Unterzeichnung und damit Unterstützung des Positionspapiers durch die Stadt Marburg wird daher begrüßt. Sie erklärt sich damit zu den im Folgenden aufgelisteten Punkten:

ERKLÄRUNG

Die für Mobilität und Stadtentwicklung zuständigen Beigeordneten, Bürgermeister:innen und Stadtbaurät:innen der unterzeichnenden Städte erklären daher:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Quelle: „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – Eine neue kommunale Initiative für stadtvträglicheren Verkehr“, S.4.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Anlage/n

- 1 Positionspapier__Staedteinitiative_Tempo30_050721_oU